

Departement des Innern Ambassadorenhof Riedholzplatz 3 4509 Solothurn

Vernehmlassung: Stellungnahme zur Vorlage «Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG)»

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn bedankt sich für die Gelegenheit, zur obigen Vorlage Stellung nehmen zu können.

I. Grundsätzliches

Für die SP stimmt die Stossrichtung der Vorlage. Der Kantonsrat hat den Auftrag von Susan von Sury "Kinder- und Jugendschutz auf E-Zigaretten ausweiten" am 11. November 2020 erheblich erklärt und die SP Fraktion hat diesen Auftrag unterstützt. Die Schliessung der Regelungslücke in diesem Bereich ist zwingend und folgerichtig.

Der SP ist es ein grosses Anliegen, dass vor allem dem Jugendschutz und der Prävention ein grosser Stellenwert eingeräumt wird und in diesem Zusammenhang unter anderem das Werbeverbot auch auf weitere Tabakprodukte wie E-Zigaretten ausgeweitet wird.

II. Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten

1. Ausgangslage (S. 5)

1.1 Regelungsbedarf (S. 5 ff.)

Wir begrüssen es, dass bei E-Zigaretten, legalem Cannabis und vergleichbaren Produkten die Regelungslücke mit dieser Vorlage



geschlossen wird. Das zurzeit geltende Recht des freien Verkaufs von E-Zigaretten aus der EU an Jugendliche widerspricht dem Jugendschutz und ist einer sinnvollen Prävention nicht dienlich. Auch genügt der "Codex für die Vermarktung von Tabakwaren und elektronischen Zigaretten" und der "Codex zur Vermarktung von E-Dampfgeräten und Liquids" nicht, da diese freiwillig und rechtlich nicht bindend sind.

1.2 Inhalt der Vorlage (S. 5 ff.)

Wir begrüssen die Ausweitung des bestehenden Verkaufsverbotes an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren auf E-Zigaretten, legalen Cannabis und vergleichbare Produkte.

Wie schon eingangs erwähnt, messen wir dem Jugendschutz und der Prävention einen hohen Stellenwert bei. Deshalb unterstützen wir eine Ausweitung des Werbe- und Sponsoring-Verbotes auch auf E-Zigaretten und weitere Produkte.

Das bereits für Tabakwaren bestehende Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Räumen auch auf weitere Tabakprodukte anzuwenden, finden wir nötig und sinnvoll.

Auch begrüssen wir, dass der Regierungsrat ermächtigt wird, mittels Verordnung auf die schnell wechselnde Situation bei neuen Produkten von E-Zigaretten zu reagieren.

2. Verhältnis zur Planung (S. 8)

Keine Bemerkungen.

3. Auswirkungen (S. 8)

3.1 Personelle und finanzielle Konsequenzen (S. 8) Keine Bemerkungen

3.2 Vollzugsmassnahmen (S. 8)

Keine Bemerkungen

3.3 Folgen für die Gemeinden (S. 8)

Keine Bemerkungen

3.4 Wirtschaftlichkeit (S. 8)

Keine Bemerkungen



4. Rechtliches (S. 8)

Keine Bemerkungen.

4.1 Rechtmässigkeit (S. 8)

Keine Bemerkungen.

4.2 Zuständigkeit (S. 8)

Keine Bemerkungen.

5. Antrag (S. 9)

Die SP ist mit dem Antrag einverstanden und unterstützt den Beschlussentwurf.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn

Niels Kruse, Parteisekretär

Solothurn, August 2021